



Presseschau vom 02.06.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: US-Streitkräfte über Drohnen-Angriffe auf "eigentlich geheime" Stellungen im Irak alarmiert

Im April zielte ein Drohnenangriff auf eine CIA-Halle im Flughafen der nordirakischen Stadt Erbil ab. Die US-Amerikaner sind seither alarmiert, da die Einrichtung im Grunde geheim und der Angriff ausgeklügelt war. ...

<https://kurz.rt.com/2jbs>

Mark Hadyniak: "Kinder als Pandemie-Treiber"? – Ein seit Monaten in den deutschen Medien kultiviertes Narrativ

Wie schafft man Akzeptanz für ein heikles Thema wie verpflichtende Corona-Impfungen für Kinder? Man braucht eine Medienkampagne und ein Narrativ, das besagt, diese Maßnahme sei unumgänglich. In der Publikationsflut verschwinden widersprechende wissenschaftliche Studien. ...

<https://kurz.rt.com/2jcv>

Ilona Pfeffer: „Man wollte mich diskreditieren“ - Rechtsstreit zwischen Nahost-Korrespondentin und WDR

Gibt es ein Urheberrecht auf ein Interview als Sprachwerk, und muss man es sich als Interviewpartner gefallen lassen, wenn ein Medium trotz Einspruchs das Interview verwendet

und obendrein Falschbehauptungen verbreitet? Darum geht es im Rechtsstreit zwischen der freien Syrien-Korrespondentin Karin Leukefeld und dem Westdeutschen Rundfunk (WDR).

...

<https://snanews.de/20210602/rechtsstreit-nahost-korrespondentin-wdr-2338855.html>

Wladislaw Sankin: Ryanair-Notlandung in Minsk: Wie Propaganda und Fake News die Sanktionspolitik rechtfertigen

Deutschland und die EU werfen Weißrussland Staatsterrorismus und Luftpiraterie vor – auf eine höchst emotionale Art und Weise. Die deutschen Medien "punkten" dabei wieder mit einer verzerrenden Berichterstattung, indem sie Mutmaßungen und Unterstellungen zu Fakten machen. ...

<https://kurz.rt.com/2jcc>

Armin Siebert: Russlandtag in Rostock – Schwesig mit Spitze gegen Habeck

In Rostock ist am Vormittag der 4. Russlandtag von Ministerpräsidentin Schwesig eröffnet worden. Gleichzeitig startete in St. Petersburg das Internationale Wirtschaftsforum. Schwesig konnte sich gleich zu Beginn in der Rostocker Stadthalle eine Spitze gegen Grünen-Chef Habeck nicht verkneifen. ...

<https://snanews.de/20210602/russlandtag-rostock-schwesig-gegen-habeck-2343030.html>

de.rt.com: "Hinterhof der USA" in Lateinamerika: Iran schickt Kriegsschiffe nach Venezuela

Die mögliche Entsendung mehrerer Kriegsschiffe nach Venezuela soll der US-Regierung signalisieren: Wenn die USA ihre Kriegsschiffe an die Seegrenze zum Iran schicken, hat das Land auch das Recht, seine Marineschiffe in den Hinterhof der USA passieren zu lassen. ...

<https://kurz.rt.com/2jdf>

de.rt.com: Forsa-Umfrage: Klare Mehrheit wünscht engere Beziehungen zu Russland

Zwei von drei Deutschen sprechen sich für intensivere Beziehungen zwischen der EU und Russland aus. Deutsche Wirtschaftsvertreter sehen das als Auftrag an die Politik, die Mehrheitsmeinung der Bürger zu achten. ...

<https://kurz.rt.com/2je6>

abends/nachts:

snanews.de: Lawrow: Moskau bereit zur Wiederaufnahme des Dialogs im Rahmen des Russland-Nato-Rates

Moskau ist bereit, Kontakte im Rahmen des Russland-Nato-Rates wiederaufzunehmen, und Militärs müssten den Dialog beginnen. Diese Auffassung vertrat Russlands Außenminister Sergej Lawrow am Dienstag nach Abschluss einer Sitzung des Außenministerrates der BRICS, die in Form einer Videokonferenz verlief.

„Wenn wir aufgefordert werden, uns mit unseren Kollegen aus der Nordatlantischen Allianz zu treffen und die Tätigkeit des Russland-Nato-Rates wiederaufzunehmen, sagen wir: ‚Wir sind dazu bereit‘. Und vor allem Militärs müssen anfangen, darüber zu reden, wie die Situation auf der Erde wirklich aussieht, darunter im Hinblick auf sehr grobe Verletzungen der Ende 90er Jahre getroffenen Vereinbarungen durch unsere Nato-Kollegen. Auch darüber, dass die Nato keine bedeutenden Kampfkräfte auf den Staatsgebieten der neuen Mitglieder stationieren wird“, sagte Lawrow.

Russlands Vorschläge

„Die Aufgaben der militärischen Deeskalation an der Berührungslinie und der Rückkehr zu den Prinzipien, unter die die Nato-Mitglieder und die Russische Föderation auf höchster Ebene ihre Unterschriften setzten, – wir sind immer bereit, das zu besprechen. Und ich möchte wiederholen, dass unsere konkreten Vorschläge in Brüssel auf dem Tisch liegen. Wir rechnen damit, dass zwei Jahre genügen, um sie (die Vorschläge) sich klar zu machen. Aber eine Zustimmung zu unseren Vorschlägen würde schon real in der Praxis eine geringfügige, aber dennoch konkrete Deeskalation der Situation sichern“, so Lawrow.

Lawrow hatte zuvor gesagt, dass die Nato immer noch nicht die Vorschläge Russlands erörtert habe, die vor knapp zwei Jahren auf der Ebene des russischen Generalstabes der Streitkräfte unterbreitet worden seien. Es gehe darum, eine Distanz festzulegen, die von Flugzeugen der Luftstreitkräfte Russlands und der Nato-Länder und von Schiffen der Kriegsmarine nicht missachtet werden dürfe. Auch wurde vorgeschlagen, für Militärübungen Russlands und der Nordatlantischen Allianz eine Entfernung zur Berührungslinie festzulegen.

Ukraine-Diskussion bringt nichts Neues

Auf das Thema Ukraine eingehend, sagte Lawrow, Moskau sehe keinen „Mehrwert“ der Diskussionen zur Ukraine im Rahmen des Russland-Nato-Rates.

„Wenn man uns in den Russland-Nato-Rat einlädt, um über die Ukraine zu diskutieren, wissen wir das. Wir haben das gehört, wie sehen nichts Neues, keinen ‚Mehrwert‘ derartiger Diskussionen. Und alles, was uns früher in solchen Formaten gesagt wurde, ist nur eine Wiederholung der öffentlichen Erklärungen, die unsere Nato-Kollegen täglich über Mikrofon abgeben“, so Lawrow.

„Nach Brüssel kommen, um ein weiteres Mal haltlose Anschuldigungen wegen Nichterfüllung der Minsker Vereinbarungen zu Gehör zu bekommen und zu hören, wie die Nato-Mitglieder den Kurs der ukrainischen Führung auf Säuberung ihres Territoriums – von der russischen Sprache, der russischen Bildung, russischen Massenmedien und beliebigen Oppositionskräften in Schutz nehmen und uns dabei einreden, dass dies eine Leuchte der Demokratie sei und wir diese Politik der ukrainischen Führung auf jede Weise unterstützen sollten, ist nicht das Thema, das wir mit den Mitgliedern der Nordatlantischen Allianz zu besprechen bereit wären“, schlussfolgerte der Minister.

Ihm zufolge ist Russland immer bereit, Aufgaben der militärischen Deeskalation an der Berührungslinie und die Rückkehr zu den Prinzipien zu besprechen, unter die Russlands Mitglieder und Nato-Mitglieder auf höchster Ebene ihre Unterschriften setzten.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/1a/1866391_0:41:3069:1767_1440x0_80_0_0_c09bce9350c875ca3edc49095f50c0cf.jpg

dnronline.su: Am Dienstag, dem 1. Juni, fand in den Städten und Bezirken die internationale Aktion „Engel“ im Gedenken an die Kinder statt, die unschuldig im Donbass getötet wurden.

In Donezk fand die Veranstaltung auf der zentralen Brücke im Schtscherbakow-Park statt, an ihr nahm das Republikoberhaupt Denis Puschilin teil.

Zum Gedenken an die getöteten Kinder stiegen Luftballons und Lampions auf.

Beim Gespräch mit Journalisten unterstrich Denis Puschilin, dass die Aktion stattfinden, um das Andenken der getöteten Kinder des Donbass zu ehren und die ganze Weltgemeinschaft an die schrecklichen Folgen der Kiewer Aggression auf den Donbass zu erinnern.

„Seit sieben Jahren ist im Donbass Krieg und seit sieben Jahren sterben Kinder. Wir müssen unsererseits alles tun, damit sich so etwas in Zukunft nicht wiederholt. Aber in erster Linie muss alles, was von uns abhängt getan werden, damit dieser Krieg beendet wird.

Vor unseren Augen sind Kinder herangewachsen, die dieses Jahr sieben Jahre alt werden und in die Schule gehen. Sie wissen nicht, was ein friedliches Leben ist. Aber dabei wissen sie, was getan werden muss, wenn Detonationen von Geschossen zu hören sind, wohin man fliehen muss, was ein Bombenschutzraum ist. Leider ist das so. Das hört sich schrecklich an.

Auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik sind in sieben Jahren 91 Kinder getötet worden. Das ist eine schreckliche Tragödie. Das bekommt ein vernünftig denkender heutiger Mensch schwer in seinen Kopf. Der Donbass lebt damit. Aber der Donbass ist nicht bereit, sich damit abzufinden und hat vor, diesen Krieg zu beenden, alles mögliche zu tun, damit kein Kind das erlebt, was die Kinder des Donbass seit 2014 erleben“, erklärte Denis Puschilin.

snanews.de: **Berlin befürwortet mehr Investitionen in die Nato**

Die Bundesregierung hat am Dienstag ihre Unterstützung für die Pläne zur Erhöhung der Nato-Budgets ausgedrückt.

„Für uns ist es ganz wichtig, dass wir unsere Fähigkeit, gemeinsam zu handeln, etwa auch mit mehr gemeinschaftlichen Mitteln verstärken“, sagte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer nach den bündnisinternen Beratungen zum bevorstehenden Nato-Gipfel. Aus ihrer Perspektive hat Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg dazu „sehr gute Vorschläge“ unterbreitet.

„Wir finden die Richtung, die der Generalsekretär mit seinen jetzt noch einmal nachgearbeiteten Vorschlägen eingeschlagen hat, richtig“, kommentierte Außenminister Heiko Maas die Pläne. Man müsse in die „transatlantische Erneuerung“ investieren.

Der nächste Nato-Gipfel wird am 14. Juni im Hauptquartier der Allianz in Brüssel abgehalten. Im Mittelpunkt werde voraussichtlich die Reformagenda „Nato 2030“ stehen, die die veraltete 2010-Strategie des Bündnisses ersetzen soll, die „neue Bedrohungen“ (aus Russland, China, Terrorismus, Hybrid- und Cyberbedrohungen) nicht berücksichtige. Zudem sollen ein Arbeitsplan für die nächsten zehn Jahre aufgestellt und auch die Finanzfragen geklärt werden. Stoltenberg will erreichen, dass die Nato-Mitglieder bei dem Gipfel zusagen, deutlich mehr in die Allianz zu investieren.

„Wir müssen (...) gemeinsam mehr investieren, denn gemeinsame Investitionen in die Nato vervielfachen unsere kollektive Stärke“, erklärte Stoltenberg am Dienstag.

Aktuell kosten die militärischen und zivilen Programme des Bündnisses etwa 2,6 Milliarden Euro im Jahr. Laut Bündnisdokumenten beteiligte sich dabei Washington zuletzt mit 785 Milliarden US-Dollar (642 Mrd. Euro). Berlin gab 51,6 Milliarden Euro aus. Damit tragen die beiden Staaten den größten Anteil der Gemeinschaftskosten (jeweils 16,4 Prozent) der Nato.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/05/0e/2095189_0:200:2931:1849_1440x0_80_0_0_7a745cedec385e01a271d6256b51b87c.jpg

snanews.de: **Dänemark will keine russischen Fans zu EM-Spiel zulassen – Medien**

Behörden in Dänemark weigern sich laut einem Medienbericht von Dienstag, Fans der russischen Fußballnationalmannschaft zum EM-Gruppenspiel in Kopenhagen zuzulassen. Der Grund dafür seien die EU-Vorschriften bezüglich der Impfstoffe gegen das Coronavirus, berichtete das Portal „Sport Express“. Die Behörden hätten angeordnet, nur denjenigen die Einreise in die EU-Länder zu gewähren, die ein von Brüssel zugelassenes Serum erhalten hätten. Die in Russland entwickelten Vakzine würde das nicht betreffen.

Etwa 2500 russische Fans hätten die Tickets für das Spiel gekauft.

Der Russische Fußballverein (RFS) habe an die UEFA – die Union der europäischen Fußballverbände – appelliert, das Problem zu lösen, hieß es weiter.

„Wir werden unser Bestes geben, um unseren Fans zu helfen und die Unterstützung der Nationalmannschaft im wichtigsten Spiel gegen die Dänen sicherzustellen. Wir hoffen, dass die Behörden dieses Landes uns entgegenkommen werden, teilte RFS in einer Pressemitteilung mit.

Russland habe nicht nur Bürgern von Teilnehmerländern, sondern auch allen, die ein Ticket gehabt hätten, die Einreise nach St. Petersburg erlaubt, hieß es weiter.

Das Spiel zwischen den Nationalmannschaften Russlands und Dänemarks ist für den 21. Juni geplant.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/14/1780408_0:222:1871:1274_1440x0_80_0_0_9f9d1d90443316a1dc6bed6e01c5ce01.jpg

vormittags:

de.rt.com: **Präsident Vučić zu EU-Verhandlung: Serbien wird keine Sanktionen gegen Russland und China verhängen**

Seit dem Jahr 2014 laufen die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Serbien. Die Republik unterstützt jedoch nicht alle Richtlinien der Brüsseler Außenpolitik. Der serbische Präsident Vučić verspricht, keine Sanktionen gegen Russland und China zu verhängen. In einem Interview für den Fernsehkanal Happy TV hat der serbische Präsident Aleksandar Vučić am Dienstag angekündigt, Belgrad werde keine Sanktionen gegen Russland und China verhängen, obwohl sich das Land in Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union befinde.

Bereits im Jahr 2009 hat Serbien den Beitritt zur Europäischen Union beantragt, die Verhandlungen hierüber begannen im Jahr 2014.

Der serbische Staatschef wies darauf hin, dass die Republik ein militärisch neutrales Land ist. Im Gegensatz zu einigen anderen Staaten, die sich auf dem Weg in die Europäische Union befänden, werde Serbien seine guten Beziehungen zu China und Russland nicht ruinieren und weiter unterhalten. Der Politiker stellte klar:

"Wir werden weder gegen China noch gegen Russland Sanktionen verhängen, das war's." Vučić zufolge ist diese Politik gegenüber Russland und China die beste Strategie, die auch für die Bürger in Serbien vorteilhaft ist:

"Dies ist unsere Politik, kein Balancieren. Dies ist die beste Politik, die sich sowohl bei der Coronavirus-Pandemie als auch beim Kauf von Impfstoffen und anderen Dingen bewährt hat. Dies ist die beste Politik für die Bürger des Landes und hierüber gibt es nicht viel zu philosophieren. Wir werden diese Politik so lange fortsetzen, wie wir in der Lage sind, sie durchzuführen."

Derzeit kann die Bevölkerung in Serbien bei einer COVID-19-Impfung zwischen den Vakzinen Pfizer/BioNTech, dem chinesischen Sinopharm, dem britisch-schwedischen AstraZeneca oder auch dem russischen Sputnik V wählen.

Brüssel wies Serbien darauf hin, dass ein Anschluss an die Europäische Union nur unter der Bedingung möglich ist, dass Belgrad die Unabhängigkeit des Kosovo anerkennt. Außerdem kritisiert die EU die aktive und enge Zusammenarbeit Serbiens mit Russland und China.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60b6642748fbef749f1d5a2f.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 1. Juni 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Solotoje-5 und **Molodjoshnoje** wurden mit großkalibrigen Maschinengewehren beschossen. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch

ermittelt.

snanews.de: **Von Moskau und Petersburg nach Frankfurt: Lufthansa storniert Hin- und Rückflüge am Mittwoch**

Die deutsche Fluggesellschaft Lufthansa hat am Mittwoch laut einer Sprecherin die Flüge aus Moskau und St. Petersburg nach Frankfurt sowie Rückflüge abgesagt.

Laut dem Online-Flugplan des Flughafens Frankfurt wurden die Flüge LH 1436 nach Sankt Petersburg und LH1444 nach Moskau annulliert.

Der Flug 1437 aus Sankt Petersburg nach Frankfurt wurde demnach storniert sowie der Flug 1445 aus Moskau.

Laut der Sprecherin soll die Stornierung mit dem Nichterhalt einer Genehmigung seitens der Luftbehörden verbunden sein. Welches Land – Deutschland oder Russland – keine Genehmigung erteilt habe, wurde nicht präzisiert.

Zugleich ist laut Informationen des deutschen Airports zu sehen, dass die russische Fluggesellschaft Aeroflot ihren Flug aus und nach Moskau gestrichen hat.

Laut der Sprecherin handelt es sich um einen einmaligen Vorfall.

...

Am Dienstag war über die Absage mehrerer Flüge zwischen Russland und Deutschland berichtet worden.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/05/19/2243280_0:24:3131:1785_1440x0_80_0_0_cfd56cc826d2903c356385a61a07cf66.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 1. Juni 3:00 Uhr bis 2. Juni 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaft: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7).**

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: wir bestätigen den Beschuss nicht, Wir halten das Regime der Feuereinstellung ein. Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im

Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 20.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Lugansker Volksrepublik fordert von Weißrussland die Auslieferung Protassewitschs**

Staatsanwälte der Lugansker Volksrepublik in der Ostukraine bitten in einem förmlichen Auslieferungsersuchen an weißrussische Behörden um die Auslieferung Roman Protassewitschs. Dessen Verhaftung sorgte in der vergangenen Woche weltweit für Schlagzeilen.

Das Büro des Generalstaatsanwalts in der abtrünnigen ukrainischen Region, die sich als Lugansker Volksrepublik definiert, untersucht derzeit Behauptungen, dass der in Minsk verhaftete weißrussische Blogger Roman Protassewitsch im Jahr 2014 als Teil des rechtsextremistisch geführten ukrainischen Asow-Bataillons im Donbass gegen die Lugansker Streitkräfte kämpfte. Die paramilitärische Gruppierung, die unter einer Flagge mit dem Logo der Nazi-Wolfsangel kämpft, rekrutierte während des Konflikts rechtsextreme Söldner aus ganz Europa.

Protassewitsch, der Herausgeber des oppositionellen Telegram-Kanals NEXTA, der von den Behörden in Minsk als extremistische Organisation eingestuft ist, war an Bord einer Ryanair-Maschine von Griechenland nach Litauen unterwegs, als diese angeblich dazu bewegt wurde, in der weißrussischen Hauptstadt zu landen. Der Blogger wurde zusammen mit seiner Freundin Sofia Sapega von Sicherheitsbeamten auf dem Rollfeld verhaftet. Gegen wird wegen seiner mutmaßlichen Rolle bei der Organisation nicht genehmigter Anti-Regierungs-Proteste im Land ermittelt.

Mehrere Quellen bestätigten zuvor, dass der Weißrusse in der Donbass-Region anwesend war, als die Kämpfe nach dem Maidan im Jahr 2014 dort wüteten. Laut Andrei Bilezki, dem Chef des Asow-Bataillons, kämpfte der Blogger "zusammen mit Asow und anderen Militäreinheiten gegen die Besetzung der Ukraine". Bilezki erklärte:

"Er war mit uns in der Nähe von Schirokino, wo er verletzt wurde."

"Seine Waffe als Journalist war jedoch kein Maschinengewehr, sondern Worte."

Inzwischen sind jedoch eine Reihe von Vorwürfen aufgetaucht, die besagen, dass Protassewitsch nicht nur als Journalist über die Kämpfe berichtete, sondern tatsächlich als Kämpfer an dem Konflikt beteiligt war. Gleichzeitig tauchte im Netz ein Foto auf, auf dem der Blogger angeblich ein T-Shirt mit Nazi-Symbolen trägt.

Protassewitschs Verhaftung wird vom Westen scharf kritisiert, wobei Weißrussland einer "staatlich geförderten Piraterie" beschuldigt wird. Die Behörden des Landes behaupten jedoch, sie hätten den Jet nur zur Landung aufgefordert, da eine glaubwürdige Bombendrohung der palästinensischen Islamistengruppe Hamas gegen das Flugzeug vorgelegen habe. Die Organisation bestreitet jedoch eine Beteiligung und besteht darauf, dass sie keine im europäischen Luftraum befindlichen Passagierflugzeuge angreifen würde. Eine Reihe westlicher Nationen und Fluggesellschaften haben nach dem Vorfall mitgeteilt, dass sie den weißrussischen Luftraum meiden werden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60b71f9948fbef749f1d5a5d.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 2. Juni um 9:00 Uhr 4784 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 4172 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 441 Todesfälle.

snanews.de: **Iranisches Marineschiff fängt Feuer und sinkt im Golf von Oman – Medien**
Ein iranisches Marineschiff hat am Mittwoch laut internationalen Nachrichtenagenturen Feuer gefangen und ist schließlich im Golf von Oman gesunken.
Beim verunglückten Wasserfahrzeug handelt es sich demnach um das iranische Schiff „Kharg“. Laut der Nachrichtenagentur AP ist es das größte iranische Marineschiff.
Laut der Agentur brach der Brand gegen 02:25 Uhr (Ortszeit) offenbar im Maschinenraum aus. Der Zwischenfall wurde auch von den iranischen Nachrichtenagenturen Tasnim, Fars und IRNA bestätigt.
Feuerwehreute versuchten laut IRNA „etwa 20 Stunden lang“, das Feuer zu löschen – vergeblich. Schließlich sank das Schiff nahe dem Hafen Jask. Es soll rechtzeitig evakuiert worden sein. Todesopfer gibt es keine, 20 Menschen sollen leichte Verletzungen davongetragen haben.
Vor einigen Tagen hatte sich das Schiff für eine Trainingsmission ins internationale Gewässer begeben.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/02/2335914_0:0:2655:1493_1440x0_80_0_0_b6e4e6e39

[7775e8dc3e937041d04ac61.jpg](https://www.mzdnr.ru)

Mzdnr.ru: Am 1. Juni wurden in der DVR 847 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 168 positiv, bei 22 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 2. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 39.230 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4572 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 31.693 als gesund entlassen, es gibt 2965 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 71 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 41 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 63 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1625 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 688 mit Sauerstoffunterstützung (+31 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden mit 11 Expressstests 7 Patienten entdeckt, die bereits eine Coronavirusinfektion durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1720 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Russischer Sicherheitschef: Moskau kann auf Bedrohungen auch mit Gewalt antworten**

Dem Chef des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew zufolge kann Russland auf externe Bedrohungen sowohl mit wirtschaftlichen Maßnahmen als auch mit Gewalt antworten. Das Verhalten des Westens bedroht die internationale Sicherheitslage, so der Politiker.

In einem Interview für die Parlamentszeitung Rossijskaja Gazeta über die Ergebnisse seines Treffens mit dem US-Sicherheitsberater Jacob Sullivan und zu den angespannten Beziehungen zwischen Russland und den USA hat der Chef des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew auch die neue Sicherheitsstrategie Russlands angesprochen. Ihm zufolge werden in der aktuellen Strategie die Reaktionen auf feindliche Schritte anderer Staaten festgelegt.

Patruschew unterstrich, Moskau werde auf Bedrohungen vor allem mit wirtschaftlichen Maßnahmen antworten, falls es aber nötig sei, könne man auch Gewaltmethoden anwenden: "In der neuen Ausgabe der Nationalen Sicherheitsstrategie wird Russlands Absicht betont, Berechenbarkeit, Vertrauen und Sicherheit in den internationalen Beziehungen zu erhöhen. Gleichzeitig wird die Legitimität symmetrischer und asymmetrischer Reaktionsmaßnahmen festgestellt, die ergriffen werden könnten, um feindliche Aktionen, die eine Bedrohung für die Souveränität und territoriale Integrität Russlands darstellen, zu vereiteln und zu verhindern." In Bezug auf den Druck seitens der westlichen Partner auf Russland erklärte Patruschew, dass das Bestreben der USA und einiger weiterer westlicher Staaten, ihre Weltherrschaft zu bewahren, zu zunehmenden zwischenstaatlichen Widersprüchen und zu einer Schwächung des internationalen Sicherheitssystems führe. Mit dem Ziel, Russland einzudämmen, verstärke sich auch der politische und wirtschaftliche Druck auf Moskau. Zudem werde versucht, die politische Lage im Land zu destabilisieren. Einige Staaten würden Russland offen als eine Bedrohung und einen militärischen Rivalen bezeichnen.

Dem russischen Sicherheitschef zufolge verhindert die Doppelmoral in der internationalen Politik eine Zusammenarbeit bei der Lösung bestehender Konflikte und im Kampf gegen Terrorismus, Extremismus, Drogenhandel und organisierte Kriminalität.

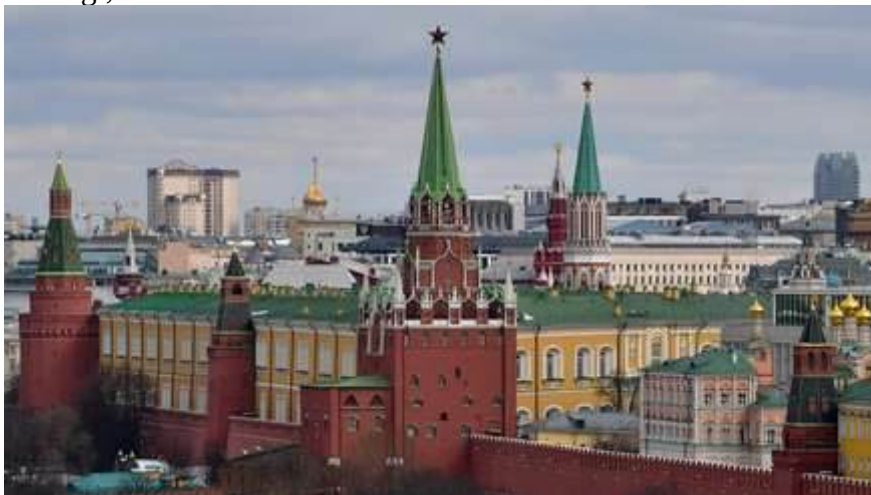
Nichtsdestotrotz äußerte Patruschew seine Hoffnung, dass Russland und die USA trotz der Spannungen in der Lage sein werden, für beide Seiten annehmbare Lösungen zu finden und im Sicherheitsbereich zusammenzuarbeiten. In diesem Zusammenhang bewertete er sein Treffen mit Sullivan als konstruktiv und produktiv.

Außerdem sprach Patruschew das Problem der Verzerrung der Geschichte des Zweiten

Weltkrieges an. Seiner Ansicht nach versucht eine Reihe von Pseudohistorikern, die Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auf die Sowjetunion zu schieben und sowjetische Soldaten mit nazistischen Verbrechern gleichzusetzen. Dabei verwies der Sicherheitschef explizit auf Kiew und verurteilte die Unterstützung von Rechtsradikalen in der Ukraine:

"Unfähig, die sozioökonomischen Probleme zu lösen, unterstützt Kiew Radikale und Nationalisten. Außerdem hört man von ukrainischen Politikern und dem Militär zunehmend militaristische Äußerungen, die eine Kampagne über eine russische Bedrohung schaffen. Gleichzeitig verschließen ihre westlichen Partner vor der Wiederbelebung des Nazismus in Europa die Augen und verstecken sich hinter der These, dass es in jedem Staat Radikale gibt." Abschließend betonte Patruschew die Wichtigkeit einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung für die Bewältigung der negativen Auswirkung von Sanktionen und der sozialen Unterstützung der Bürger sowie deren Wohlstand.

Am 16. Juni wird der russische Präsident Wladimir Putin mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Joe Biden in Genf zusammentreffen. Die Biden-Regierung beschuldigt Russland einer Reihe verdeckter Aktionen einschließlich des Hackens US-amerikanischer Computernetzwerke und einer Militarisierung der arktischen Region. Moskau entgegnet, die USA würden versuchen, der russischen Wirtschaft mit grundlosen Sanktionen und politischen Anschuldigungen zu schaden, da man offenbar eine Regierung, die eine souveräne Politik verfolgt, nicht tolerieren wolle.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60b7302248fbef27673da333.jpg>

nachmittags:

snanews.de: **Russlands Föderationsrat billigt Ausstieg aus Vertrag über den Offenen Himmel**

Der russische Föderationsrat (Oberhaus) hat am Mittwoch einstimmig das Gesetz über den Ausstieg aus dem Vertrag über den Offenen Himmel genehmigt.

Im Rahmen der heutigen Sitzung stimmten 152 Senatoren für die Genehmigung dieses Dokuments. Am 19. Mai hatte die Staatsduma (Unterhaus) den Ausstieg Russlands aus dem Vertrag über den Offenen Himmel unterstützt.

„Am 24. Mai (...) haben wir den Amerikanern das vielseitige Dokument übergeben. (...) Wir haben die Aufmerksamkeit der amerikanischen Kollegen darauf gelenkt, dass es noch nicht zu spät ist und es noch eine letzte Chance gibt, klar zu verkünden, dass sie zum Vertrag zurückkehren. Dann bestünde für uns die Möglichkeit, innere Abläufe einzustellen, zu pausieren und interne Gespräche fortzusetzen“, sagte der russische Vize-Außenminister gegenüber „Lenta.ru“.

„Die Amerikaner ließen nicht daran zweifeln, dass sie sich endgültig dazu entschieden haben, nicht zum Open-Skies-Vertrag zurückzukehren.“

Ferner ging er davon aus, dass Moskau kaum das Vertragsthema bei dem baldigen Gipfel zwischen den Präsidenten Russlands und den USA, Wladimir Putin und Joe Biden, für eine Diskussion vorschlagen würde. „(...) Falls sich die Situation aus irgendwelchen Gründen im Herangehen der Amerikaner ändern sollte – was aber aus meiner Sicht absolut undenkbar ist – kann natürlich diese Frage behandelt werden. Aber das ist rein hypothetisch, derzeit ist das nicht Gegenstand der Diskussion“, schilderte Rjabkow.

Am 11. Mai hatte Putin den Entwurf über die Kündigung des OH-Vertrags bei der Staatsduma eingereicht. „Am 22. November 2020 sind die USA unter einem erfundenen Vorwand aus dem Vertrag ausgestiegen, was wesentlich den Interessenausgleich der Staaten und Vertragsteilnehmer (...) verletzt hat“, hieß es im Begründungsschreiben. Darin stand auch, dass damit eine Gefahr für die nationale Sicherheit Russlands entstanden sei.

In der Nacht zum 22. November waren die Vereinigten Staaten aus dem Vertrag über den Offenen Himmel ausgestiegen.

Der Vertrag über den Offenen Himmel war 1992 unterzeichnet worden und 2002 als eine vertrauensbildende Maßnahme in Europa nach dem Kalten Krieg in Kraft getreten. Das Abkommen erlaubt mehrere Beobachtungsflüge pro Jahr im Luftraum der Vertragspartner und ermöglicht es den Teilnehmerstaaten, Informationen über die Streitkräfte und militärische Maßnahmen des anderen offen zu erfassen sowie auszuwerten.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/05/807900_0:0:3267:1839_1440x0_80_0_0_7fe9aa365893574b2efa8f3f3eae7a36.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 02.06.2021**

Die ukrainische Seite verletzt weiter grob ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines Regimes der Feueereinstellung.

In den letzten 24 Stunden wurde **eine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 8. Bataillons der 10. Gebirgssturmgrade unter Kommando des Brigadekommandeurs Kotlik von den Positionen im Gebiet von Nowgorodskoje aus die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit Mörsern des Kalibers 82mm beschossen und 20 Mörsergeschosse abgefeuert.

Der Verstoß wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des

Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern. Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die BFU 12 Stück **Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von ihnen kontrollierten Territorium stationiert. Diese Fälle werden auch von Berichten der OSZE-Mission bestätigt.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade:

fünf Schützenpanzer, ein Panzertransporter, zwei Schützenpanzerwagen in Wohngebieten von Belaja Gora.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

ein Abwehrraketenkomplex „Osa“ in einem Wohngebiet von Kalinowo;

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Nowobachmutowka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Nowogrigorowka.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Sartana;

ein Abwehrraketenkomplex „Strela-10“, vier Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Wodjanoje.

Die ukrainische Seite behindert weiter zielgerichtet die Arbeit der internationalen Beobachter und blockiert die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So wurde entdeckt, dass, um die Entdeckung verbotener Waffen der 10., 72., 28. und 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, aktiv Stationen zur Funkblockade von Drohnen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 20. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung in den Gebieten von Stepanowka, Konstantinowka, Iwanopolje, Kamenka, Krasnogorowka und Bogdanowka eingesetzt werden.

Die Aktivierung der Handlungen des Gegners zur Funkblockade von Drohnen der Mission wird mit dem Abschluss eines Arbeitsbesuchs der Generalsekretärin der OSZE Helga Schmid in der Ukraine verbunden, bei dem sie auf systematische Fälle von Blockade verweist, die die Beobachtermission daran hindern, ihr Mandat zu erfüllen. Frau Schmid unterstrich besonders, dass sie persönlich gesehen habe, wie wiederholte Blockaden die Drohnen der Mission behindern. Wir merken an, dass die Generalsekretärin der OSZE sich dabei auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium befand.

Unter vollständiger Missachtung der Konvention von Ottawa und anderer internationaler humanitärer Normen verstärken die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone weiter die **Minensperren** und gefährden Leben und Gesundheit der Bevölkerung, die auf dem zeitweilig von Ukraine kontrollierten Territorium lebt.

Insbesondere ist eine Verminung von Örtlichkeiten durch Antipanzerminen TM-62 am nördlichen Rand von Wodjanoje durch Pioniergruppen der 58. Brigade festzustellen.

Dabei markieren die ukrainischen Kämpfer Gebiete mit Minensperren nicht. Im Zusammenhang damit rufen wir die Einwohner der frontnahen Ortschaften auf, äußerst wachsam und vorsichtig zu sein, um zu vermeiden, auf ukrainische Minen zu geraten. Wir bitten darum, alle bekannt werdenden Fälle von Verminung von Örtlichkeiten durch ukrainische Einheiten der OSZE-Mission, der Staatsanwaltschaft und der militärisch-zivilen Verwaltung zu melden.

Im Verantwortungsbereich der 128. Brigade am Abschnitt Talakowka – Lebedinskoje hat das Kommando der OOS aufgrund des Fehlens genauer Karten bereits erstellter Minenfelder entschieden, diese zu entminieren und neue Minensperren zu installieren. Aufgrund der geringen Qualifikation der Pioniereinheiten der 128. Brigade hat der Stab der OOS entschieden, Mitarbeiter der Organisation „Halo Trust“, die sich mit humanitärer Säuberung von

Örtlichkeiten von nicht detonierten Geschossen und alten Minenfeldern befassen, heranzuziehen.

Gleichzeitig wurde der Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ angewiesen, neue Minensperren in Richtung Mariupol zu installieren sowie Antipersonen- und Antipanzermine zu bestellen. Zur Installation der Minenfelder ist geplant, eine gemischte Abteilung von Pionieren des 143. Minenräumungszentrum der ukrainischen Streitkräfte heranzuziehen, die einen Kurs in Sprengstoffangelegenheiten unter Leitung von ausländischen Instruktoren absolviert haben.

In den Einheiten der 10. Brigade arbeitet eine Gruppe von Psychologen der Abteilung für moralisch-psychische Versorgung der ukrainischen Streitkräfte, die das äußerst geringe moralisch-psychische Niveau des Personals des Verbandes bestätigt hat und unter den Vertragssoldaten eine Menge Personen mit Drogen- und Alkoholabhängigkeit sowie mit krimineller Vergangenheit entdeckt hat.

Während der Arbeit der Psychologen im 108. Gebirgssturmbataillon der 10. Brigade versuchte das Bataillonskommando die Krankenhauseinweisung von zwei Soldaten mit ernsthaften Vergiftungen, die ohne nachvollziehbaren Grund zwei Tage auf den Positionen fehlten und stark betrunken zurückkehrten, zu verheimlichen.

de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: NATO liefert Ukraine Waffen bei Manöver Sea Breeze**

Im Vorfeld der diesjährigen Militärübung Sea Breeze in der Ukraine wirft das russische Verteidigungsministerium der NATO vor, unter dem Deckmantel der Manöver Waffen an Kiew zu liefern. Moskau will die Vorbereitung und den Verlauf der Übungen genau beobachten.

Das russische Verteidigungsministerium hat am Mittwoch angekündigt, es werde die Vorbereitung und den Verlauf der internationalen Militärübung Sea Breeze in der Ukraine aufmerksam verfolgen und bei Bedarf angemessen im Interesse der Sicherheit Russlands reagieren. Wie Generalmajor Igor Konaschenkow am Mittwoch erklärte, sollten sich an der geplanten Übung unter Beteiligung mehrerer NATO-Staaten rund 4.000 Armeeinghörige, 40 Kampfschiffe, Versorgungsschiffe und Kutter, 30 Flugzeuge und mehr als 100 Militärfahrzeuge beteiligen. Der Sprecher der Militärbehörde in Moskau wies auch darauf hin, dass das Militärmanöver vor dem Hintergrund der unaufhörlichen westlichen Anschuldigungen gegen Moskau stattfinden werde, wonach Russland an seinen südwestlichen Grenzen sein Militärpotenzial aufstocke.

Konaschenkow zufolge werde die geplante Übung weit über das ukrainische Hoheitsgebiet im Schwarzen Meer hinausgehen, obwohl es offiziell als Seemanöver gelte. So habe man vor, gemeinsame Aktivitäten von Landungs- und Bodentruppen in der Ukraine zu üben. Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums sagte auch, dass die NATO im Rahmen von "Sea Breeze" die Regierung in Kiew mit modernen Waffen zum Krieg im Donbass beliefern werde, wie dies in den vorigen Jahren der Fall gewesen sei:

"Es ist geplant, dorthin unter dem Deckmantel der Übung moderne Waffen, Munition und Wirtschaftsgüter für ukrainische Truppen zu befördern."

Die Übung Sea Breeze wird seit dem Jahr 1997 alljährlich ausgetragen. Diesmal findet sie vom 28. Juni bis zum 10. Juli statt. Daran nehmen die Ukraine, die USA, Kanada, Großbritannien, die Niederlande, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, die Türkei, Lettland und weitere NATO-Partnerstaaten teil.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60b773dfb480cc57d87d9925.JPG>

de.rt.com: **Staatsduma verabschiedet Gesetzentwurf über Aktivitäten ausländischer IT-Konzerne in Russland**

Moskau will die wirtschaftlichen Aktivitäten ausländischer IT-Dienstleister in Russland übersichtlicher gestalten. Unternehmen ab einer bestimmten Größe sollen Niederlassungen eröffnen. Hierdurch können russische Behörden Gesetzesverstöße auf den Plattformen ahnden.

In erster Lesung hat die Staatsduma, das Unterhaus des russischen Parlaments, einen Gesetzentwurf zur Regulierung der Aktivitäten großer ausländischer Internetfirmen in Russland angenommen.

Dem Gesetzentwurf zufolge sollen ab dem 1. Januar 2022 große ausländische Internetdienstleister mit einem täglichen Publikum von mehr als 500.000 russischen Nutzern Niederlassungen oder juristische Vertretungen in der Russischen Föderation eröffnen. Diese sollen die Interessen der Muttergesellschaften vollständig vertreten können.

Die Weigerung, eine Niederlassung in Russland zu eröffnen, kann ein Werbeverbot auf der Internetseite und eine Einschränkung des Zahlungsverkehrs sowie ein Verbot für das Sammeln und den grenzüberschreitenden Verkehr personenbezogener Daten nach sich ziehen. Außerdem sieht das neue Gesetz vor, dass die Nutzer der entsprechenden Internetplattformen über die Verstöße gegen die russischen Gesetze informiert werden sollen.

Zuvor hatte Präsident Wladimir Putin die Präsidialverwaltung und die Regierung des Landes angewiesen, bis zum 1. August Vorschläge für zusätzliche Anforderungen an im Internet tätige ausländische Tech-Unternehmen zu unterbreiten, einschließlich der Eröffnung von Repräsentanzen in Russland.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60b7529248fbef28043e4035.JPG>

mil-lnr.su: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko**

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **zwei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Fedossenko die Gebiete von **Solotoje-5** und **Molodjoshnoje** mit großkalibrigen Maschinengewehren beschossen. ...

deu.belta.by: **Belarussisches Kernkraftwerk hat Lizenz für den Betrieb des ersten Reaktors**

Das Belarussische Kernkraftwerk hat die Lizenz für den Betrieb des ersten Reaktorblocks erhalten. Das erklärte Olga Lugowskaja, Leiterin des Departements für Nuklear- und Strahlungssicherheit beim Katastrophenschutzministerium (Gosatomnadsor), heute vor Journalisten.

Das Kollegium des Ministeriums für Katastrophenschutz hat eine positive Entscheidung über den Betrieb des ersten Reaktorblocks getroffen. „Das ist eine wichtige historische Entscheidung. Ihr ging eine große Vorbereitungsarbeit voraus, mit zahlreichen Anlagentests, Expertisen, Aufsicht über die Kontrolle aller Systeme. Eine neue Epoche fängt an – der kommerzielle Betrieb des Atomkraftwerks“, sagte Olga Lugowskaja.

Die Entscheidung beruht auf einem Gutachten der Atomaufsichtsbehörde, auf positiver Bewertung von Sicherheitsdokumenten und auf Bewertungen der Übereinstimmung mit Lizenzanforderungen.

Die Sicherheitsexpertise wurde vom Gemeinsamen Institut für Energie- und Kernforschung (Sosny) der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus durchgeführt. Die Konfirmitätsbewertung wurde von der Atomaufsichtsbehörde gemacht.

Vor der endgültigen Entscheidung fand am 30. April eine öffentliche Anhörung statt. Gosatomnadsor hat berichtet, auf welcher Grundlage die Schlussfolgerungen über die mögliche Erteilung der Lizenz zum AKW-Betrieb gemacht wurden.

Das Belarussische AKW ist ein Projekt zum Bau des Atomkraftwerkes vom Typ WWER-1200, das in der Nähe von Ostrowez (Gebiet Grodno) gemäß dem russischen Projekt AKW-2006 umgesetzt wird. Der erste Energieblock wurde 2021 in Betrieb gesetzt. Der zweite Block soll in der ersten Jahreshälfte 2022 ans Netz angeschlossen sein.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1622639749_57440_big.jpg

rusvesna.su: **Fluggesellschaften sind empört über die Empfehlungen der Europäischen Union in Bezug auf Weißrussland**

Die Leidenschaft für Flüge über Weißrussland flammt auf. Ein Konkurrent der irischen Ryanair äußerte sich gegenüber der Europäischen Union empört über die Empfehlung, den Luftraum über der Republik zu meiden.

So sagte der Chef des ungarischen Unternehmens Wizz Air, Jozsef Varadi, dass diese Maßnahme rein politischer Natur sei und keinen Zusammenhang mit Sicherheitsfragen habe. „Ich glaube nicht, dass das die richtige Reaktion ist. Ich glaube nicht, dass die Luftfahrt als Instrument politischer Sanktionen eingesetzt werden sollte“, zitierte Reuters Varadi.

Varadi stellte fest, dass während der Notlandung des Flugzeugs auf dem Weg von Athen nach Vilnius „in Minsk nichts passiert ist, was die Flugsicherheit gefährden könnte“.

Die Europäische Union beschuldigte Weißrussland jedoch ohne Ermittlungen der Entführung der Ryanair-Maschine und forderte europäische Fluggesellschaften auf, den Luftraum über dem Land zu meiden.

Darüber hinaus wurde gestern bekannt, dass die EU ein Paket von Sanktionen gegen Dutzende belarussischer Luftfahrtbeamter sowie ein Verbot von Belavia-Flügen über die Mitgliedsländer und Landungen auf ihren Flughäfen vorbereitet.

Anzumerken ist, dass die USA wiederum ihren Fluggesellschaften nur empfahl, "beim Überfliegen von Weißrussland äußerste Vorsicht walten zu lassen", sie aber nicht verboten. Gleichzeitig wurden in der aktuellen Situation bereits negative Auswirkungen auf die Höhe der schädlichen Emissionen in die Atmosphäre durch das Umfliegen von Weißrussland festgestellt.

Wie Russkaja Wesna berichtete, entdeckte die Europäische Organisation für die Flugsicherheit (Eurocontrol) täglich etwa 250.000 zusätzliche Kilogramm Kohlendioxid (CO₂).



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_boeing_samolet_belavia.jpg